

---

FDP Offenbach

## FDP: MARKTPLATZUMBAU JA – SPERRUNG DER WALDSTRASSE NEIN

09.09.2013

---



Für die Liberalen bleibt ein „vernünftiger Umbau“ des Marktplatzes

ein städtebauliches Kernanliegen, um die Innenstadt zu revitalisieren. Damit grenzen sich die Liberalen von der Union ab, die einen Umbau des Marktplatzes in der Vergangenheit für verzichtbar erklärt hatte. „Die Sanierung des Marktplatzes soll die Innenstadtreparatur im Wesentlichen abschließen und die Tristesse der 60er und 70er überwinden helfen“, meint FDP-Fraktionschef Oliver Stirböck. Doch sei die Stadt schlecht beraten bei der erforderlichen Sanierung das „Kind mit dem Bade ausschütten“. Eine Sperrung für den Durchgangsverkehr in Richtung Waldstraße sei für die FDP nicht durchdacht, sie behindere lediglich den Autoverkehr, ohne dafür neue Attraktivität zu schaffen. Denn auch nach den Planungen von Rotgrün werde es weiterhin Autoverkehr auf dem Platz geben. „Gerade weil der Einzelhandel auch Verbraucher braucht, die nicht aus Offenbach kommen, ist es wichtig, dass auch der Kernbereich der Innenstadt einfach mit dem Auto erreichbar ist“, meint Stirböck. Stattdessen plane Rotgrün es den Autos besonders schwer zu machen. Die Liberalen befürworteten auch Verbesserungen für Rad und Bus, gerade Großeinkäufe würden jedoch in der Regel mit dem Auto bewältigt. Die Liberalen könnten sich eine weitgehende Aufpflasterung, eine gemeinsame, gleichberechtigte Nutzung des Platzes („Shared Space“) durch alle Verkehrsträger durchaus vorstellen, ebenso eine Verbesserung der fußläufigen Verkehrsbeziehung zwischen Frankfurter Straße und Bieberer Straße „jedoch ohne den Autoverkehr zu drangsaliieren“. Der Platz benötige statt einer Verkehrsbehinderung für Autos, eine klare, aufgeräumte Struktur und eine sinnvolle Verknüpfung aller Verkehrsträger sowie eine Durchlässigkeit für Autos. Der Umbau solle dabei so sparsam wie möglich umgesetzt werden. „Denn auch wenn es erhebliche

Zuschüsse gibt, bleiben in den Planungen der Stadt doch über 850.000 Euro bei der Stadt hängen und werden die Anwohner mit 1,5 Millionen Euro zur Kasse gebeten.“